



Protokoll

14. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Montag, 29.04.2019
Raum, Ort:	Mensa des Gymnasiums am Silberkamp, Am Silberkamp 30, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	16:34 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Mitglieder

Herr Carsten Rauls

Herr Karl-Heinrich Belte

Vertretung für: Herrn Christoph Hauschke

Herr Björn Busse

Herr Bernd Jakobowski

Vertretung für: Herrn Jürgen Rubin

Herr Hartmut Marotz

Vertretung für: Herrn Matthias Möhle

Frau Doris Meyermann

Frau Rebecca Mittal

16:40 Uhr bis 18:15 Uhr

Frau Nadine Muthmann

Frau Simone Pifan

Frau Christine Spittel

Grundmandat

Herr Dieter Samieske

Bürgervertretung

Herr Jörg Köther

Herr Günter Mertins

bis 17:50 Uhr

Frau Eva Schlaugat

Sonstige Mitglieder

Herr Matthias Böning

Herr Winfried Selke

Protokollführung

Frank König

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Buhmann
Frau Cordula Heimbürg
Frau Dr. Agnieszka Opiela
Herr Wilfried Schmidt
Herr Joachim Schröter
Herr Dirk Sommer
Herr Carsten Stuhr
Frau Silke Tödter
Frau Emine Öztürk

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Christoph Hauschke	Verhinderung
Herr Matthias Möhle	Verhinderung
Herr Jürgen Rubin	Verhinderung

Grundmandat

Herr Malte Cavalli	Verhinderung
--------------------	--------------

Bürgervertretung

Herr Hubertus Hahn	Verhinderung
Herr Benedikt Schurm	Verhinderung
Herr Wilfried Wesemann	Verhinderung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.02.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht zum Gleichstellungsplan des Landkreises Peine 2019-2021
-
Die Aufstellung des Gleichstellungsplanes ist in den §§ 15 ff NGG geregelt
- 6 Bericht zum Mentoring Programm "Frau. Macht. Demokratie" 2019/2020 -
eine Maßnahme des Niedersächsischen Sozialministeriums zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik
- 7 Erarbeitung eines Konzeptes zur Durchführung einer Impfbuchaktion des Fachdienstes Gesundheitsamt in den Jahrgangsstufen 4, 6 und 9 der Schulen im Landkreis Peine
(Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 14.03.2019)
- 8 Erarbeitung einer Hebammenrichtlinie für den Landkreis Peine
(Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 08.03.2019)
- 9 Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Pflegesachverständige bzw. einen Pflegesachverständigen für die Heimaufsichtsbehörde des Fachdienstes Soziales
- 10 Informationen der Verwaltung
- 11 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.02.2019

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Andreas Meyer aus der Gemeinde Vechelde trägt zum unter TOP 8 zu behandelnden AfD-Antrag seine schriftlich vorbereiteten Fragen zur Versorgungssituation der Hebammen im Einzugsgebiet und der Richtlinie mündlich vor. Die Fragen sind als Anlage1 dem Protokoll beigelegt.

Die Fragen werden von **Dezernent 3 Kreissozialrat Dr. Detlef Buhmann** unter TOP 8 beantwortet.

5. Bericht zum Gleichstellungsplan des Landkreises Peine 2019-2021 - Die Aufstellung des Gleichstellungsplanes ist in den §§ 15 ff NGG geregelt Vorlage: 2019/446

Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter stellt die wesentlichen Informationen zum gemeinsam vom Fachdienst Personal, dem Referat für Gleichstellung und dem Personalrat erarbeiteten verbindlichen Gleichstellungsplan in Form einer Präsentation (Anlage2) vor.

Sie betont die hohe Fluktuation bei den Beschäftigten und die strategische Planung und Zielsetzung der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nach einer allgemeinen Vorstellung des gesetzlichen Rahmens des Gleichstellungsplans und dessen Handlungszielen sowie die Rolle der Führungskraft bei dessen Umsetzung zeigt **Frau Tödter** anhand einiger Tabellen die Geschlechterverteilung bei den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen und den Auszubildenden. Gerade bei den Führungspositionen, besonders im Bereich der Verwaltungsführung und auf den Ebenen der Referats- und Fachdienstleitungen ist eine Unterrepräsentanz der Frauen festzustellen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten fällt bei den Führungskräften mit sechs Frauen nur sehr gering aus. Deshalb werden im Gleichstellungsplan folgende Maßnahmen benannt:

Abfrage unter den beschäftigten Frauen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Führungspositionen, Durchführung von Mentoring Programmen zur Förderung und Gewinnung von weiblichen Führungskräften sowie eine Verbesserung der Möglichkeiten für Führung in Teilzeit. Abschließend stellt **Frau Tödter** die Zielquoten für Führungskräfte vor.

Auf die Nachfrage der **Bürgervertreterin Schlaugat** zu den Gründen der hohen Fluktuation verweist **Frau Tödter** auf die Bewerbungsoptionen bei anderen Behörden, die häufig eine bessere Bezahlung bieten. Dem Mangel an Bewerbungen versucht die Kreisverwaltung teilweise durch die Vereinbarung von verbindlichen Verweildauern entgegenzuwirken.

Die weitere Nachfrage von **Bürgervertreterin Schlaugat**, ob im IT-Bereich konkret für die Besetzung mit den dort unterrepräsentierten Frauen geworben wird, bestätigen **KTA Riedel-Kielhorn** und **Frau Tödter**, machen aber deutlich, dass es eine hohe Unterrepräsentanz von Frauen in diesen Berufen gibt und die Aufforderung zur Bewerbung als Maßnahme nicht ausreichen wird, um dies zu ändern.

KTA Samieske weist neben der Vergütung auf die Bedeutung eines guten Betriebsklimas hin und fragt nach der Berücksichtigung des „dritten Geschlechts“. Auf seine Frage entgegnet **Frau Tödter**, dass das „dritte Geschlecht“ im NGG gesetzlich noch nicht bedacht wurde. Hier geht es erst einmal um die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann als Erwerbstätige in den jeweiligen Kommunen. Bei den angedachten NGG-Änderungen wird möglicherweise auch dies zu berücksichtigen sein.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Kenntnis genommen hat.

**6 . Bericht zum Mentoring Programm "Frau. Macht. Demokratie" 2019/2020 - eine Maßnahme des Niedersächsischen Sozialministeriums zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik
Vorlage: 2019/447**

Anhand der Präsentation „Information für kommunale Mandatsträgerinnen und -träger“- Frau.Macht.Demokratie. zum niedersächsischen Mentoringprogramm zur Kommunalwahl 2021 (Anlage4) stellt **Frau Tödter** als erstes den geringen Frauenanteil in den Ratsgremien der Landkreisgemeinden dar. Im Landkreis Peine ist dieser noch geringer als der Durchschnitt niedersächsischer Kommunalparlamente, besonders in der Gemeinde Ilsede mit einem Frauenanteil von nur 10,50 Prozent. Hier arbeitet **Frau Tödter** sehr eng mit ihrer Kollegin Julia Kögler zusammen. Sie konnte bereits vier Mentorinnen/Mentoren und zwei Mentees für das Programm gewinnen. Es wird zudem eine besondere Veranstaltung für die Gemeinde Ilsede geben, wahrscheinlich eine fiktive Gemeinderats- oder Ausschusssitzung, so wie die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Peine dies zu Beginn des Niedersächsischen Mentoring Programms 2001 unter dem Titel „Frauen sind wählerisch“ angeboten hat. Für alle Mentees im Regierungsbezirk Braunschweig wird es aber zu den drei regionalen Veranstaltungen, die das Land organisiert, drei Fortbildungsangebote zu kommunaler Finanzpolitik, Rhetorik und Gender Mainstreaming geben, die die Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte der Region Braunschweig organisieren und finanzieren. Die erste regionale Veranstaltung findet am 6. September 2019 in Braunschweig statt.

Anschließend erläutert **Frau Tödter** die Rahmenbedingungen des Mentoring Programmes. Als Voraussetzung sollte die Mentorin/der Mentor bereits mindestens eine politikinteressierte Frau kennen.

Neben dem Programm als wichtigen Baustein betont **Frau Tödter** die Notwendigkeit der Änderung der politischen Strukturen wie z. B. familienfreundliche Sitzungstermine mit Anfangs- und Endzeiten, die die Möglichkeiten der Einbringung der Kompetenzen von Frauen erhöht. Besonders aber macht sie deutlich, dass es ohne ein Parité-Gesetz nicht funktionieren wird, denn auch wenn mehr Frauen auch für Kommunalpolitik gewonnen werden können, müssen sie auf die guten Listenplätze kommen, um gewählt zu werden.

Ihr Werben für die Teilnahme unterstützt **Frau Tödter** durch die Verteilung eines Programm-Flyers (Bestandteil der Präsentation). Die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** wirbt ebenfalls für eine Programmteilnahme und berichtet über ihre eigenen Erfahrungen mit der Ratsarbeit in der Gemeinde Ilsede.

KTA Meyermann fragt nach dem Sachstand zum Parité-Gesetz, das in anderen Ländern bereits eingeführt wurde. Mit Hinweis auf das französische Gesetz, das eine 50-prozentige Frauenbesetzung vorsieht und auch schon fast erfüllt (48 %), antwortet **Frau Tödter**, dass sie zum aktuellen Sachstand in Niedersachsen keine Informationen hat.

Bürgervertreterin Schlaugat betont das Engagement der niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Frau Reimann, verweist aber auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Bei ihrer eigenen Mentorinentätigkeit hat sie

die Erfahrung gemacht, dass für eine positive Beratung und die Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten ein nicht erheblicher Zeitaufwand erforderlich ist.

Als praktisches Beispiel nennt sie die frühen Sitzungsbeginne, die sich gerade für junge Frauen als problematisch für die Familienorganisation erweisen.

KTA Pifan kritisiert die einjährige Befristung des Programmes. Um die Teilnehmerinnen/Teilnehmer nicht zu überfrachten, hätte sie sich eine längere Laufzeit von zwei Jahren gewünscht.

Frau Tödter bemängelt die enge Zeitschiene, so dass auch sie erst in diesem Ausschuss für das Programm werben kann.

KTA Samieske fordert eine Änderung des Männerbildes, Männer sollen sich an der Erziehung beteiligen. Auch ein Betriebskindergarten würde bei der Betreuung entlasten.

KTA Pifan weist auf die Möglichkeit einer Entschädigung für die Kinderbetreuung nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz hin.

**7 . Erarbeitung eines Konzeptes zur Durchführung einer Impfbuchaktion des Fachdienstes Gesundheitsamt in den Jahrgangsstufen 4, 6 und 9 der Schulen im Landkreis Peine
(Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 14.03.2019)
Vorlage: 2019/445**

KTA Jakobowski dankt der Verwaltung für die umfangreiche Beschlussvorlage. Aufgrund neuer Erkenntnis zieht er den Antrag seiner Fraktion zurück.

Die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** verweist auf den Arbeitsaufwand der Verwaltung und hätte sich eine frühzeitigere Rücknahme gewünscht.

Anschließend stellt die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 14.03.2019 zurückgezogen wird.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 14.03.2019 auf Erarbeitung eines Konzeptes zur Durchführung einer Impfbuchaktion des Fachdienstes Gesundheitsamt in den Jahrgangsstufen 4, 6 und 9 der Schulen im Landkreis Peine wird abgelehnt.

**8 . Erarbeitung einer Hebammenrichtlinie für den Landkreis Peine
(Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland vom 08.03.2019)
Vorlage: 2019/453**

KTA Jakubowski dankt der Verwaltung für die umfangreiche Informationsvorlage und sieht keine Notwendigkeit für weitere mündliche Ergänzungen.

Dezernent Dr. Buhmann erklärt, dass mit dem ungewöhnlichen Weg einer vorgeschalteten Informationsvorlage das Thema erstmalig an den Ausschuss herangetragen werden soll, bevor eine Beschlussvorlage erstellt wird.

Er verweist auf die Schließung der Fachabteilung für Frauenheilkunde im Klinikum Peine und die im Rahmen einer EU-Vorgabe umzusetzende Akademisierung bis Ende Februar 2020.

In Anlehnung an einer im Landkreis Gifhorn vorhandenen Richtlinie können zum Beispiel ein Existenzgründungszuschuss und die Einrichtung einer Hebammenzentrale aufgenommen werden.

Auf die Frage von Herrn Meyer (siehe TOP 4) zur Versorgungssituation antwortet **Dezernent Dr. Buhmann**, dass von derzeit 15 Hebammen fünf beim Klinikum Peine angestellt waren. Da absehbar altersbedingte Beendigungen bei den freiberuflich tätigen Hebammen anstehen, ist ein Mangel vorhanden. Die von der Fraktion der Alternative für Deutschland genutzten Quellen sind ihm nicht bekannt. Zur Verbindlichkeit der Richtlinie führt er aus, dass durch einen Kreistagsbeschluss auch die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um die Leistungsangebote sicherzustellen.

Dezernent Dr. Buhmann merkt kritisch an, dass die Einrichtung einer Hebammenzentrale nur eine „Mangelverwaltung“ darstellen kann, um die vorhandenen Ressourcen effektiv einzusetzen. Dem Gesundheitsamt soll die Auskunftsfunktion obliegen. Das Leistungsangebot kann auch ausgebaut werden, zum Beispiel um eine qualitative Beratung, eine zentrale Notfallstelle oder eine Kurzzeitbetreuung.

Auf die Nachfrage der **Vorsitzenden KTA Riedel-Kielhorn** antwortet **Dezernent Dr. Buhmann**, dass im Gesundheitsamt keine neuen Personalressourcen vorgesehen sind.

KTA Meyermann merkt an, dass die vorgesehene Richtlinie zu kurz greift. Der Existenzgründungszuschuss in Höhe von 1.500 € ist nicht ausreichend und die „Mangelverwaltung“ nicht zielführend. Sie fragt nach den Möglichkeiten, um den Kreißaal des Klinikums Peine wiederzubeleben. Sie wünscht sich für die Hebammen einen finanziellen Zuschuss des Landkreises und die Schaffung einer besonderen Einrichtung in Anlehnung an das Frauenzentrum Frauen(t)räume in Gifhorn.

Bürgervertreterin Schlaugat hätte sich gewünscht, dass die Fraktion der Alternative für Deutschland ihren Antrag zu Beginn des Tagesordnungspunktes persönlich vertreten hätte. Sie fragt, ob die vorher vorhandenen 19 Hebammen ausgereicht haben. Durch die persönliche Beteiligung der Hebammen kann deren Input mit berücksichtigt werden. Sie sieht die Notwendigkeit, im Gesundheitsamt eine $\frac{3}{4}$ Stelle zu schaffen.

Dezernent Dr. Buhmann kann sich Gespräche mit den Klinikum Peine vorstellen, auch hinsichtlich der Einrichtung einer Hebammenzentrale in den dortigen Räumlichkeiten. Der Personalschlüssel für eine ausreichende Versorgung ist ihm nicht bekannt, aber bei den derzeit 15 Hebammen ist ein Mangel anzunehmen.

Er erläutert die zwei Möglichkeiten der Beratung. Die erste Variante ist eine reine Kapazitätenauskunft durch eine Verwaltungskraft. Bei der Alternative der fachlichen Beratung ist die Qualifikation einer Hebamme erforderlich. In Gesprächen haben die Hebammen eine halbe Vollzeitstelle als ausreichend erachtet und drei Hebammen haben ihre Bereitschaft signalisiert, die Aufgaben wahrzunehmen. Die Hebammen selber haben die Fortsetzung der mit der Schließung der Fachabteilung für Frauenheilkunde ebenfalls beendeten Elternschule gewünscht, die auch in anderen Räumlichkeiten außerhalb des Klinikums Peine denkbar ist.

KTA Pifan fragt, nach welchen Kriterien die Anzahl der Hebammen ermittelt wird, da diese Berufsgruppe häufig in mehreren Landkreisen tätig ist.

Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn bestätigt den Mangel insbesondere bei der Nachsorge zu bestimmten Zeiten, zum Beispiel in den Sommerferien, aus eigener Erfahrung.

Dezernent Dr. Buhmann stellt sich eine Unterstützung der Fortbildung vor. Eine Einflussnahme auf die Ausbildung ist schwieriger, zumal es zu geringe Platzzahlen gibt. Auch er kann sich eine Wiederbelebung des Kreißsaales oder die Nutzung anderer Räumlichkeiten im Klinikum Peine gut vorstellen.

KTA Samieske betont die Belastungen für die Hebammen. Statt einer Personalaufstockung im Gesundheitsamt soll das eingesparte Geld lieber für die persönliche Unterstützung der Hebammen verwendet werden. Er kann sich die Reaktivierung unterschiedlicher Hebammen vorstellen. Schließlich verweist er auf die Bedeutung eines guten Betriebsklimas.

KTA Jakobowski erklärt, dass seine Fraktion erst bei einer Beschlussvorlage ergänzende Erläuterungen abgeben wird. Er lobt die angeregte Diskussion, die im Interesse seiner Partei ist.

KTA Mittal regt aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen an, die Nachsorgeoptionen zu stärken, anstatt die Beratung auszubauen. Sie begrüßt die Stärkung der Fortbildung.

KTA Meyermann spricht sich für die strukturelle Entwicklung einer Hebammenzentrale mit Beteiligung des Klinikums und ein Gespräch der Verwaltungsführung mit den Hebammen aus.

Auch **Frau Tödter** macht deutlich, dass sie und ihre Kolleginnen auf Niedersachsebene das Thema „die Zukunft der Hebammen“ diskutieren und die Akademisierung als einen Baustein begrüßen. Sie selbst spricht sich im Landkreis Peine unter Beteiligung der Hebammen für eine Nutzung von Klinikumsbereichen und eine Bezuschussung der Ausbildung von Hebammen aus. Die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** konkretisiert deren Ausgestaltung als Stipendium mit Niederlassungsverpflichtung.

KTA Pifan verweist auf die unzureichende Infrastruktur des Klinikums Peine anhand der Beispiele Risikoschwangerschaft und fehlende Kinderstation.

Dezernent Dr. Buhmann kündigt an, bis zur nächsten Ausschusssitzung mit dem Klinikum Peine die Möglichkeiten der Einrichtung eines Geburtshauses bzw. einer Hebammenzentrale auszuloten. Des Weiteren werden die Berechnungsgrundlagen für die Anzahl der 15 Hebammen und die Auswirkungen der Akademisierung mit der Al-

ternative eines Stipendiums konkretisiert. Eine Diskussion mit den Hebammen soll ebenfalls erfolgen. In Abhängigkeit vom Sachstand ist aber auch eine Beschlussverschiebung auf eine spätere Sitzung möglich.

KTA Meyermann regt an, weitere regionale Beispiele zu betrachten.

Bürgervertreterin Schlaugat fordert eine angemessene Bezahlung, auch angesichts der hohen Versicherungsbelastung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Kenntnis genommen hat.

**9 . Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Pflegesachverständige bzw. einen Pflegesachverständigen für die Heimaufsichtsbehörde des Fachdienstes Soziales
Vorlage: 2019/449**

KTA Meyermann verweist auf die in der vorherigen Sitzung dargestellten Mängel in der Heimaufsicht und begrüßt die vorgesehene Teilzeitstelle.

Auch **KTA Muthmann** lobt die Vorlage. Da sich ihre Fraktion noch nicht über die Beschlussvorlage beraten konnte, kündigt sie in der Abstimmung eine Enthaltung der SPD an.

KTA Rauls fragt, ob die Kontrollen bzw. Beratungen der Heimaufsicht unangemeldet oder angemeldet vorgenommen werden. **Dezernent Dr. Buhmann** antwortet, dass beide Formen möglich sind. Bei Mängelmeldungen erfolgen die Kontrollen unangemeldet.

KTA Spittel lobt die Berücksichtigung der eingesparten Honorare bei der Kostenermittlung.

Dezernent Dr. Buhmann stellt klar, dass Honorarkräfte an mehreren Stellen tätig sind. Durch den Arbeitsvertrag erfolgt eine Konzentration mit Ausweitung der Tätigkeit.

KTA Marotz sieht nicht die Form der Prüfungsanmeldungen als problematisch an, sondern die bisher fehlende fachliche Rückkopplungsmöglichkeit. Aufgrund der Refinanzierung durch das Land hat die Kündigung keine fiskalischen Auswirkungen.

Beschluss:

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 wird für die Heimaufsichtsbehörde des Fachdienstes Soziales eine Teilzeitstelle (0,75 Stellenanteile) für eine Pflegesachverständige bzw. einen Pflegesachverständigen, Entgeltgruppe 9a TVöD eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung/en: 4

10 . Informationen der Verwaltung

Dezernent Dr. Buhmann weist darauf hin, dass die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Peine (KAG) fristgerecht zum 31. Dezember 2019 die Pflegevereinbarung mit dem Senioren- und Pflegestützpunkt gekündigt hat.

Auf Nachfrage der **Bürgervertreterin Schlaugat** zum Fortbestand der personellen Besetzung kündigt **Dezernent Dr. Buhmann** eine tarifliche Klärung an, da es sich um einen Betriebsübergang handelt.

Frau Tödter teilt mit, dass sie nun endlich zum Thema „Umsetzung der Istanbul Konvention“ einen gemeinsamen Termin mit Frauenhaus, BISS-Beratungsstelle und Heckenrose vereinbaren konnte, um über mögliche weitere Kapazitäten in Schutzwohnungen zu sprechen. Sie verweist dabei auf eine Landesumfrage zur Bezuschussung der Frauenhäuser, die auch Standards und Bedarf nach weiteren Kapazitäten abfragt.

Zum Thema „Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes“ teilt sie mit, dass das Gesundheitsamt sich für eine Belegwohnung für Aussteigerinnen aus der Prostitution auf die Liste der Peiner Heimstätte setzen lassen hat. Anfragen zu der Wohnung gibt es u. a. auch schon von Solwodi Braunschweig.

Abschließend wirbt **Frau Tödter** für die Ausstellung „100 Frauen und 100 Jahre Frauenwahlrecht“, die sie in Kooperation mit der Lessing-Loge nach Peine geholt hat. Sie freut sich auf weitere Anmeldungen zur Ausstellungseröffnung. Aufgrund der begrenzten Öffnungszeiten der Lessing-Loge sind Einzelanmeldungen zur weiteren Besichtigung der Ausstellung z. B. mit einer Gruppe per E-Mail erforderlich.

Bürgervertreterin Schlaugat fragt, ob der Kreisangestellte Marc Leicht nach Beendigung des Projektes „Seelisch gesund in der Schule. Alles klar?“ wie in der letzten Sitzung angekündigt im Jugendamt eingesetzt wird und eine prophylaktische Tätigkeit möglich ist. **Dezernent Dr. Buhmann** entgegnet, dass die gute Projektarbeit mit den Kooperationen mit den Schulen im Jugendamt nunmehr auf mehrere Schultern verteilt wurde und auch prophylaktische Elemente enthält. Die vorgesehene Besetzung einer Sachbearbeitung im Bereich des § 35 a Sozialgesetzbuch VIII „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“ durch Herrn Leicht konnte aufgrund der Forderung des Personalrates nach einer internen Ausschreibung noch nicht vollzogen werden.

Der **Vorsitzende der KAG Herr Böning** kündigt an, dass er letztmalig als Vorsitzender an der Sitzung teilgenommen hat. Entsprechend den zweijährigen Wechselturnussen wird zukünftig Frau Einhaus vom Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt den Vorsitz wahrnehmen. Herr Böning bedankt sich für die Zusammenarbeit.

11 . Anfragen und Anregungen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende KTA Riedel-Kielhorn** um 18:30 Uhr die Sitzung.

·

Miriam Riedel-Kielhorn
Ausschussvorsitz

Dr. Detlef Buhmann
Kreisrat Soziales,
Jugend, Gesundheit

Frank König
Protokollführung